Cunha es vor, über die nahe Grenze nach Uruguay zu entweichen. Damit stellte er aber seine staatsfeindliche Tätigkeit nicht ein, sondern setzte vom sicheren Ausland aus seine Wühlarbeit fort. Seine im Lande gebliebenen namhaften Parteigänger jedoch wurden verhaftet, und weiter sah sich die Regierung gezwungen, alle Freimaurerlogen zu schließen, in denen die Machenschaften der Aufständischen einen fruchtbaren Nährboden gefunden hatten.

Unter diesen Verhältnissen war die erneute Verhängung des Belagerungszustandes nichts Ungewöhnliches, denn von den letzten sieben Jahren hat Brasilien nicht weniger als fünf unter Ausnahmerecht zubringen müssen. Der Belagerungszustand ist geeignet, augenblickliche Gefahren abzuwenden und hat das auch im vorliegenden Falle vermocht. Aber es galt, endlich einmal dem Uebel an die Wurzel zu kommen und Sicherungen zu schaffen für die Zukunft. Das ließ sich schließlich nur bewerkstelligen durch eine Revolution von oben. Deshalb wurden am Mittwoch der Bundessenat, die Bundeskammer und ebenso die Parlamente der Länder und Gemeinden aufgelöst, und am Tage darauf, am Donnerstag, erlebte Brasilien die Ueberraschung, daß eine neue Verfassung nicht erst erarbeitet werden mußte, sondern fix und fertig mit 178 Artikeln verkündet wurde. Das Wichtigste ist in ihr die Stärkung der Macht des Bundespräsidenten. Dieser leitet in Zukunft die Innen- und Außenpolitik und ist in letzter Instanz entscheidend für die Gesetzgebung und Verwaltung. Er hat hinfort das Recht, das Parlament nach Hause zu schicken, wenn es im Interesse des Staatswohles erforderlich ist, und er besitzt weiter die wichtige Befugnis, in den Bundesstaaten einzugreifen, wenn von dieser Seite aus Gefahren drohen. Damit erhält der Bundespräsident eine Machtfülle, die es einer starken Persönlichkeit ermöglicht, zum wirklichen Führer des Landes zu werden.

Die Revolution von oben bedeutet die Absage Brasiliens an Parteiwirtschaft, revolutionäre Strömungen und Klassenkampf. Sie erfolgt in einem Augenblick, der auch insofern nicht ungünstig gewählt ist, als sich die Wirtschaft seit mehreren Monaten in einem großen Aufschwung befindet und die Regierung darauf hinweisen kann, daß einer weiteren günstigen Entwicklung schwere Gefahren drohten. Die Verkündung der neuen Verfassung wird mit der Bekanntgabe von Wirtschaftsplanungen begleitet, die darlegen sollen, daß das Wohl des Landes die Triebfeder des Handelns ist. Das Eisenbahnnetz soll ausgebaut werden. Weiter will man daran gehen, eine eigene Schwerindustrie ins Leben zu rufen, wobei insbesondere nationalbrasilianische Rüstungswerke entstehen sollen; und wenn dabei betont wird, daß in Zukunft wichtige Wirtschaftskonzessionen nur Brasilianern erteilt werden sollen, so kommt man mit dieser Erklärung Forderungen entgegen, die während des jetzt plötzlich abgestoppten Präsidentschaftswahlkampfes verstärkt in Erscheinung getreten sind. Als wirklich tragende Säule der Revolution von oben erscheint zunächst das Militär. Die Wehrmacht soll der erste Garant der neuen Verfassung sein. Der Grund hierfür ist nicht darin zu suchen, daß eine Art Militärdiktatur erstrebt wird, sondern hängt unmittelbar damit zusammen, daß der Systemwechsel eingeleitet und durchgeführt wurde in einer Zeit, in der der Präsidentenwechsel unmittelbar vor der Tür stand. Das Militär gilt nämlich als überparteilich, und sein Einsatz soll dartun, daß die Gesamtbelange des Landes ausschlaggebend gewesen sind, nicht aber Bestrebungen, dem jetzigen Präsidenten das Verbleiben im Amte zu sichern. Um persönlichen Mißdeutungen vorzubeugen, wird auch die neue Verfassung einem Volksentscheid unterworfen. Nur bis zu dessen Durchführung ist einstweilen die Amtszeit Vargas' verlängert. An die Stelle des Präsidentschaftswahlkampfes wird also jetzt der Aufklärungsfeldzug für den Volksentscheid treten, der Kampf um das Vertrauen der Massen, denn der Präsident will ja nicht gegen das Volk regieren, sondern betrachtet dessen Zustimmung als unerläßliche Grundlage. Die Parole ist gegeben. Sie lautet: Starke Staatsführung, um Frieden, Gerechtigkeit und Arbeit zu verbürgen.

Paris: „Festsetzung des Faschismus" in Brasilien

Hysterische französische Sorgen wegen des Umschwungs in Rio de Janeiro

Paris, 11. November.

Die Einführung der neuen brasilianischen Verfassung hat in Paris außerordentlich starkes Aufsehen und beinahe Bestürzung hervorgerufen. Alle Blätter beschäftigen sich in sehr ausführlichen Kommentaren mit der, wie sie sagen, „Festsetzung des Faschismus" in Brasilien. Ein Teil der Volksfrontpresse ist bei der Gelegenheit so hysterisch, zu behaupten, daß Deutschland seine Hand im Spiele gehabt habe (!). „Paris Midi" läßt sich von seinem Neuyorker Berichterstatter melden, daß die Vorgänge nicht ohne tiefgehende Erschütterung für die Haltung der Vereinigten Staaten dem amerikanischen Festland und der Welt gegenüber bleiben würden. „Intransigeant" bekommt geradezu Angstbeklemmungen und nimmt die Regierungsänderung zum Anlaß, um einen allgemeinen Ueberblick über die politische Lage in Europa zu geben. Das Blatt meint, daß eine ganze Reihe von Ländern eine Krise durchzumachen hätte, und nennt in diesem Zusammenhang Polen, Jugoslawien, Belgien und Rumänien, in denen die Bildung von totalitären Regierungen wahrscheinlich sei. Der „Temps" meint, das jetzt in Brasilien beginnende Experiment werde, von einem allgemeinen Gesichtspunkt gesehen, besonders interessant. Denn mit diesem Versuch treten das korporative System und faschistische Methoden in einem der wichtigsten südamerikanischen Länder in Erscheinung. Auf jeden Fall werde man die Entwicklung der neuen brasilianischen Lage sehr aufmerksam verfolgen müssen. Die Initiative, die Präsident Vargas ergriffen habe, überschreite um ein Vielfaches die gewöhnliche Tragweite einer innerpolitischen Krise.

In gut unterrichteten französischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Maßnahmen des Präsidenten Vargas in Brasilien noch nicht klar genug seien, um das zukünftige Regime von Brasilien bereits mit dem von totalitären Nationen vergleichen zu können. Man ist der Ansicht, daß das neue Regime sich nur dann zu einer totalitären Form hin entwickeln könne, wenn es die rückhaltlose Unterstützung der Integralistenpartei finde.

870 Moskaujünger verhaftet

Rio de Janeiro, 11. November.

Der innerpolitische Umschwung in Brasilien hat nirgends zu politischen Zwischenfällen oder Ruhestörungen geführt. Der Kampf, den die brasilianische Regierung dem Kommunismus angesagt hat, wird planmäßig weitergeführt. Bisher sind 870 Personen verhaftet worden, die direkt oder indirekt mit Moskau in Verbindung standen.

Die jetzt verkündete Verfassung führt übrigens, wie noch nachzutragen ist, die Todesstrafe für bestimmte Verbrechen, wie Umsturz, Landesverrat und Mord wieder ein. Sämtliche brasilianischen Gouverneure haben sich mit dem Bundespräsidenten solidarisch erklärt, ausgenommen die von Bahia und Pernambuko, wo sogenannte Interventoren vom Bundespräsidenten eingesetzt worden sind. Auch im Staate Rio de Janeiro ist eine solche „Intervention" vorgenommen worden.

Union Jack in Dublin öffentlich verbrannt

London, 11. November.

In stillem Gedenken an die Gefallenen des Weltkrieges ruhte am Donnerstag in ganz England in der Zeit von 11 bis 11,02 Uhr der gesamte Verkehr. Hornsignale kündeten die Schweigeminuten an, während derer die Menschen auf den Straßen stehenblieben und in allen Betrieben Englands die Arbeit ruhte. Zur selben Zeit fand am Londoner Gefallenenehrenmal, dem Kenotaph, eine Gefallenenehrung statt, an der der englische König in der Uniform eines Feldmarschalls mit der englischen Königin und den Prinzessinnen des königlichen Hauses teilnahm.

Kaum hatten die Schweigeminuten begonnen, als ein Mann die Kette der den Kenotaph umstehenden Ehrenkompanien der Marine durchbrach und Schmährufe auf den König ausstieß. Wie „Preß Association" berichtet, waren diese Rufe so laut, daß sie auch in den in anderen Stadtteilen aufgestellten Lautsprechern zu hören waren. Die Menge war über den Störenfried sehr entrüstet und rief nach Abschluß der Schweigezeit: „Tötet ihn, tötet ihn!" Die Polizei konnte den Mann jedoch verhaften und sicher zur Polizeiwache und von dort in ein Hospital zur ärztlichen Untersuchung bringen. In einer Verlautbarung stellt das Innenministerium fest, daß es sich bei dem Störenfried um einen im September aus einem Asyl für Geisteskranke entkommenen Geistesgestörten handele.

In Dublin kam es bei den Gedenkfeierlichkeiten für die Gefallenen des Weltkrieges zu einem Zwischenfall. Eine Gruppe junger Leute durchbrach während der Schweigeminuten die vor dem Dubliner Trinidad College harrende Menge und verbrannte öffentlich einen Union Jack, die Nationalflagge Großbritanniens.

Vorbeimarsch und Zwischenfälle in Paris

Paris, 11. November.

Wie alljährlich, fand auch in Paris am 11. November in Anwesenheit des Präsidenten der Republik, zahlreicher Vertreter der Regierung und hoher Persönlichkeiten aus Politik und Heer eine Feier des Waffenstillstandstages statt. Während des Truppenvorbeimarsches kam es an den Champs Elysées zu einigen Zwischenfällen. Aus der zahlreich versammelten Menge ertönten Rufe, wie „Nieder die zweijährige Dienstpflicht", die sofort mit Rufen „Es lebe die Armee" beantwortet wurden. Kurz danach kam es zu einem Handgemenge zwischen Anhängern der Sozialpartei und Mitgliedern der Action Française. Die Polizei nahm mehrere Festnahmen vor.

Delbos sagt eine Einladung nach Moskau ab

Die Freundschaft mit Sowjetrußland wird getarnt - Wirkungen des Antikominternpaktes

Brüssel, 11. November.

Die plötzliche Abreise des sowjetrussischen Vertreters Litwinow-Finkelstein aus Brüssel, der den Zusammentritt der Neunmächtekonferenz nicht mehr abgewartet hat, wird nach wie vor in den Brüsseler Konferenzkreisen eifrigst besprochen und gibt zu den verschiedensten Vermutungen Anlaß. Ueber die Gründe der Abreise glaubt die „Independance Belge" noch folgendes mitteilen zu können: Litwinow-Finkelstein habe den französischen Außenminister Delbos eingeladen, nach Moskau zu kommen, und zwar im Zusammenhang mit der Reise, die Delbos demnächst nach Warschau, Prag und Belgrad zu machen gedenkt. Delbos habe jedoch diese Einladung abgelehnt, weil er der Meinung gewesen sei, daß sein Besuch in Moskau zum mindesten „inopportun" sei.

Er habe Eden über den Schritt Litwinow-Finkelsteins unterrichtet, und der Chef des Foreign Office habe Delbos ebenfalls den Rat gegeben, die Einladung abzulehnen. Anderseits habe Litwinow-Finkelstein an Eden, Delbos und Norman Davis das Ersuchen gerichtet, daß die von ihnen vertretenen Mächte eine Erklärung abgeben sollten des Inhalts, daß die sogenannten „demokratischen Mächte" den Abschluß des Antikominternabkommens bedauern. Eden, Delbos und Norman Davis hätten sich jedoch entschieden geweigert, sich auf den von Sowjetrußland gewünschten Weg einzulassen. Auf Grund dieses doppelten Mißerfolges habe sich dann Litwinow-Finkelstein entschlossen, in brüsker Weise Brüssel zu verlassen.

Ungarische und jugoslawische Zeitungen glauben dahin unterrichtet zu sein, daß zwar der eigentliche Zweck der Reise Delbos eine Wiederherstellung des alten französischen Bündnissystems sei, daß aber der französisch-sowjetrussische Pakt in diesem System in Zukunft eine „veränderte Rolle" spielen werde. Delbos wolle, so heißt es, nicht mehr, wie Barthou 1934, die Einkreisung Deutschlands mit dem Hauptstützpunkt in Moskau betreiben, sondern um wirksamer dem Antikominternabkommen begegnen zu können, unter möglichst starker Ausschaltung Sowjetrußlands Polen und die Südoststaaten für Frankreich neu zu gewinnen versuchen. Auf diese Einstellung der französischen Regierung wäre es auch zurückzuführen, daß Delbos jetzt in Brüssel Moskau die kalte Schulter gezeigt und die Einladung Litwinow-Finkelsteins nach Sowjetrußland abgelehnt habe. Darüber hinaus fragt man in Budapest und Belgrad, ob Frankreich sich nicht im Südosten bereits unwiderruflich verspätet habe, und ob unter den heutigen internationalen Verhältnissen, selbst unter Aufgabe der Moskauer Belastungen, noch an eine Wiedererrichtung des alten französischen Bündnissystems zu denken sei.

Skandal um den Geheimfonds der Pariser Regierung

Aufsehenerregende Enthüllungen Flandins - Leon Blum versorgte die Volksfrontbonzen

Paris, 11. November.

Der Auswärtige Ausschuß der Kammer ist Mittwochabend unter dem Vorsitz des Abgeordneten Mistler zusammengetreten, um den Berichterstatter für den Haushalt des Außenministeriums, Archimbaud, anzuhören. Wie hierzu verlautet, kam es bei der Prüfung des Artikels 21 des Haushalts des Außenministeriums wegen des sogenannten Propagandafonds des Außenministeriums zu einer lebhaften Aussprache. Als Bestimmung für diesen Fonds sind die Ausgaben für die französische Propaganda im Auslande angegeben. Der ehemalige Ministerpräsident Flandin ergriff in der Aussprache das Wort und erklärte, er erkenne die Wichtigkeit dieses Fonds an, aber der Auswärtige Ausschuß müsse die Gewißheit haben, daß diese Kredite einzig und allein für den französischen Auslandspropagandadienst und nicht etwa zur Subventionierung „gewisser Nachrichtenagenturen" verwendet würden. In parlamentarischen Kreisen gibt man zu, daß Flandin damit auf einen Vorgang angespielt hat, durch den die Regierung Blum seinerzeit auf die Nachrichtenagentur Radio Einfluß genommen hatte. Durch Schaffung neuer Verwaltungsposten in dieser Agentur hätte man nämlich einige politische Freunde des sozialdemokratischen Parteiführers und damaligen Regierungschefs untergebracht.

Die Oppositionspresse greift den Hinweis Flandins auf und spricht von einem schwerwiegenden Zwischenfall. Die „Epoque" schreibt, Flandin fordere eine Kontrolle über den Propagandafonds, der von Leon Blum seiner eigentlichen Bestimmung entzogen worden sei. Es handele sich darum, zu wissen, ob größere Beträge des Geheimfonds für die Propaganda der Volksfront abgezweigt worden seien.

Das „Petit Journal" spricht von einer sensationellen Enthüllung. Das Blatt will wissen, daß mehrere Genossen der Sozialdemokratischen Partei von Leon Blum in dem Verwaltungsrat der betreffenden Nachrichtenagentur untergebracht wurden, wofür bedeutende Summen an die Agentur überwiesen worden seien. Jeder der so versorgten Freunde Leon Blums soll, dem Blatt zufolge, 150 000 bis 200 000 Franken jährlich beziehen. Nach diesem Keulenschlag, so schreibt das Blatt, möge Leon Blum nun ruhig seinen Gesetzesvorschlag über die Presse und die Kontrolle ihrer Einkünfte wieder aufgreifen!

Englische Handelsagenten mit Franco ausgetauscht

Die amtliche Londoner Bestätigung - „In keiner Weise eine Anerkennung"

London, 11. November.

Wie das englische Außenamt am Donnerstagabend bekannt gab, ist ein Uebereinkommen darüber erzielt worden, daß ein Vertreter der britischen Regierung in Salamanka oder auch an einem anderen Ort im nationalen Spanien ernannt werden soll, um die britischen Staatsangehörigen zu schützen und die britischen Handelsinteressen zu wahren. Die britische Regierung wird in Erwiderung dessen einen Vertreter Francos für London erhalten, dem die gleiche Aufgabe zufällt.

Die amtliche Mitteilung des englischen Außenamtes hat folgenden Wortlaut: In Anbetracht der Tatsache, daß eine zufriedenstellendere Fühlungnahme als die bisher bestehende zwischen der britischen Regierung und den Behörden des Gebietes unter der Kontrolle von General Franco zum Schutze ihrer Staatsangehörigen und zur Wahrung der Handelsinteressen in den beiden Gebieten wünschenswert ist, ist man übereingekommen, daß ein Agent der britischen Regierung für diese Zwecke ernannt werden soll, der in Salamanka oder an einem anderen Ort seinen Wohnsitz haben und daß entsprechend die britische Regierung einen Agenten General Francos in London erhalten soll, der die gleiche Aufgabe hat. Außer diesem Agenten werden Unteragenten in beschränkter Anzahl an anderen Orten ernannt werden, worüber die beiden Parteien sich noch einigen müssen. Die Aufnahme eines Agenten in London stellt in keiner Weise eine Anerkennung der Behörden des Gebietes unter der Kontrolle von General Franco durch die britische Regierung dar, und keine Partei wird diplomatischen Status gewähren oder erwarten, daß ihrem Agenten ein solcher zugestanden wird."

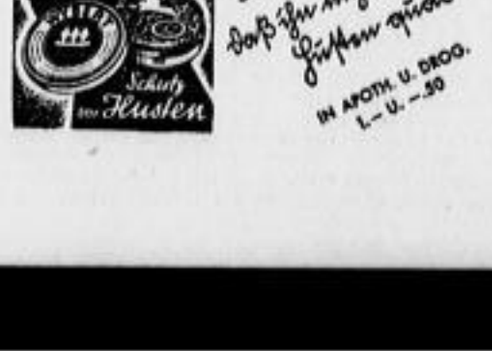
Amerika folgt Englands Beispiel

St. Jean de Luz, 11. November.

Die hier ansässige diplomatische Vertretung der Vereinigten Staaten für Spanien teilte am Donnerstag mit, die Vereinigten Staaten hätten, dem Beispiel Englands folgend, als „Agenten" bei der nationalspanischen Regierung den früheren nordamerikanischen Konsul in Bilbao W. E. Chapman ernannt. Chapman ist Berufsdiplomat und gleichzeitig 2. Botschaftssekretär der amerikanischen Botschaft für Spanien.

Erste italienisch-englische Aussprache

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. November.

Am Donnerstag hatte der italienische Botschafter in London, Grandi, mit Unterstaatssekretär Vansittart im Foreign Office eine längere Unterredung, die man in Rom als bedeutungsvoll ansieht. Weiter hat der englische Botschafter in Rom den Auftrag erhalten, alsbald beim Außenminister Graf Ciano vorzusprechen, um hier die Basis für eine Generalaussprache über alle strittigen englisch-italienischen Fragen herzustellen.